

KANOUN

Monatszeitschrift

Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge

Drittes Jahr - Nr. 6 : Juni 2008



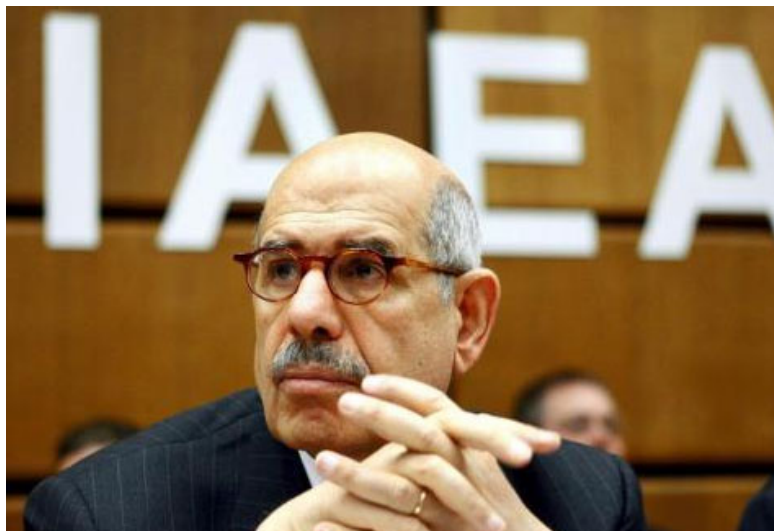
Ein Blick auf Asylrecht in Deutschland

Nach »Boot ist voll«-Kampagne werden Grundrechte von Flüchtlingen in Deutschland vor 15 Jahren drastisch eingeschränkt.

Wurden 1992 noch 438000 Asylanträge in Deutschland gestellt, so entsprach deren Zahl im gesamten Jahr 2007 mit 19164 nicht einmal fünf Prozent dieser Menge. So gering ist heute auch die Anerkennungsquote.

Nimmt man beispielhaft den Zeitraum von Januar bis April 2008 als Massstab, so lag diese bei nur 1,2 Prozent. Im April 2008 wurden bundesweit ganze 34 Personen als asylberechtigt anerkannt.

Seite 2



Neue Furcht vor Irans Atomprogramm

Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA kritisiert mangelnde Informationen des Irans über sein früheres Atomprogramm. Teheran müsse der UN-Behörde noch einige »substanzielle Erläuterungen« zu möglichen Atomwaffenstudien geben.

So heisst es in einem Bericht, den IAEA-Chef Mohammed el Baradei dem UN-Sicherheitsrat in New York übermittelt hat. Die noch ungeklärte Umwandlung von Uran, die Tests von hochexplosivem Sprengstoff sowie Entwicklungsstudien eines besonderen Raketensprengkopfs seien Anlass für grosse Besorgnis, heisst es in dem Report. Dem Bericht zufolge besteht der Iran darauf, dass die gegen Teheran gerichteten Vorwürfe haltlos und »erfunden« sind. In dem Report stellt El Baradei fest, dass der Iran auch in den vergangenen drei Monaten die Forderungen des UN-Sicherheitsrats ignoriert hat und die umstrittene Urananreicherung fortsetzt.

Seite 4



Ramsauer nach Iran-Reise: massive Menschenrechtsverletzungen

Seite 5

Der Verfassungsbericht 2008 über die Aktivitäten des iranischen Nachrichtendienstes in Deutschland

Seite 5



Streik bei iranischen Zuckerarbeitern

Seite 6



Shell steigt aus iranischem Erdgas-Projekt aus

Seite 7

Iran ist kein Rechtsstaat!

Ein Blick auf Asylrecht in Deutschland

Nach »Boot ist voll«-Kampagne werden Grundrechte von Flüchtlingen in Deutschland vor 15 Jahren drastisch eingeschränkt.

Wurden 1992 noch 438000 Asylanträge in Deutschland gestellt, so entsprach deren Zahl im gesamten Jahr 2007 mit 19164 nicht einmal fünf Prozent dieser Menge. So gering ist heute auch die Anerkennungsquote.

Nimmt man beispielhaft den Zeitraum von Januar bis April 2008 als Massstab, so lag diese bei nur 1,2 Prozent. Im April 2008 wurden bundesweit ganze 34 Personen als asylberechtigt anerkannt.

Die aktuellen Zahlen beweisen, dass das Grundrecht auf diesen Schutz für Flüchtlinge nur noch auf dem Papier steht. Dies ist das bewusst angestrebte Ergebnis des sogenannten Asylkompromisses der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP mit Zustimmung der SPD von 1993, an dessen trauriges 15jähriges Jubiläum heute zu erinnern ist. Die faktische Abschaffung des Asylrechts war ein gewollter Politikwechsel hin zu Abschottung, Ausgrenzung und Inhumanität.

In seiner ursprünglichen Fassung vom 23. Mai 1949 regelte das Grundgesetz kurz, einfach und wirkungsvoll: »Politisch Verfolgte geniessen Asylrecht« (Artikel 16 Absatz 2 Satz 2). Der Schutz vor politischer Verfolgung sollte nach den Erfahrungen der Nazizeit als Rechtsanspruch ausgestaltet werden. Zuflucht zu gewähren war kein »Gnadenakt« des Staates, sondern eine Verpflichtung. Diese wurde bewusst nicht in einem »einfachen« Gesetz verankert, sondern in der Verfassung, und dort nicht etwa bei den Staatsaufgaben, sondern im Grundrechtskatalog. Somit konnte jeder politisch Verfolgte sein Recht einklagen – bis zum Bundesverfassungsgericht. Schliesslich bedeutete die Aufnahme des Asylrechts in den Grundrechtsteil der Verfassung, dass es der »Ewigkeitsgarantie« nach Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes unterlag: Grundrechte können nicht nach politischem Belieben abgeschafft werden, sondern sind in ihrem Kern unabänderlich.

Zu einer ersten Aufweichung kam es indes bereits am 19. Juni 1990 im Rahmen des Schengener Abkommens der Europäischen Gemeinschaft. Die EG-Mitgliedsstaaten mit Ausnahme Dänemarks verabschiedeten ein »Erstasylabkommen«, worin Freizügigkeit, Arbeit, Bildung und soziale Ansprüche nur noch im Erstaufnahmeland zugesichert wurden.

»Brandstifter«-Reden

Angeichts steigender Asylbewerberzahlen begann Anfang der neunziger Jahre in Deutschland eine in dieser Form noch nie dagewesene Kampagne mit dem Ziel, das Grundrecht auf Asyl »sturmreif« zu schiessen. Unablässig forderten die Unionsparteien die Umwandlung des Grundrechts auf Asyl in eine »Institutsgarantie«. Zwar sollte die Asylvorschrift pro forma in der Verfassung bestehen bleiben, aber keinerlei Rechte für die Flüchtlinge mehr garantieren. So sollte die Asylgewährung zu einem »Gnadenakt« umgestaltet und zahlenmässig drastisch reduziert werden.

Die Vertreter der angeblichen »politischen Mitte« schürten seit Ende der 80er Jahre Fremdenfeindlichkeit. Dabei unterschied sich ihr Vokabular kaum von dem der Rechtsextremisten. Bürgerliche Politiker nutzten die wachsenden Sorgen der Bevölkerung vor dem – mit der kapitalistischen Globalisierung programmierten – sozialen Abstieg, um den Asylbewerbern eine »Sündenbock«-Rolle zuzuweisen. Von einer humanitären Verpflichtung zur Hilfe für Menschen in Not war dabei nicht die Rede, wohl aber von »Überfremdung«, »Asylbetrug« und angeblicher »sozialer Ausbeutung« durch Ausländer. Die Springer-Presse und andere konservative Blätter leisteten mit ständigem Gerede über »Missbrauch des Asylrechts« ihren Beitrag zu einer Art Pogromstimmung. »Fast jede Minute ein neuer Asylant – Die Flut steigt, wann sinkt das Boot?« titelte die Bild-Zeitung (2.4.1992) und suggerierte, man stehe einer Naturkatastrophe gegenüber, derer man sich mit aller Kraft erwehren müsse.

Mit ihrer zynischen Wortschöpfung »Asyl-Touristen« blendete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (8.11.1991) Fluchtgründe wie Folter, Krieg oder Hunger aus.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Auch prominente Sozialdemokraten beteiligten sich an der fremdenfeindlichen Kampagne. »Der Unmut bei den Menschen ist riesig. Glauben Sie denn, dass die ruhig hinnehmen werden, wenn Millionen Ausländer ungeordnet in unser Land fluten?« (Spiegel, 7.9.1992), meinte der Münchner Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD), der sich wie sein Hamburger Amtskollege Henning Voscherau für eine Streichung der Asylgarantie aus dem Grundgesetz stark machte. Wie Zootiere stellte Kronawitter Asylbewerber in einem umzäunten Gelände auf der Theresienwiese, wo sonst das Oktoberfest tobt, zur Schau und mobilisierte gezielt den »Bierdimpflgeist gegen Ausländer«, so das »Münchner Bündnis gegen Rassismus«.

Viele Feindseligkeiten richteten sich schon 1991 gegen Sinti und Roma aus osteuropäischen Staaten. Vor allem in den neuen Bundesländern, in denen es tatsächlich nur wenige Asylbewerber gab, terrorisierten Neonazis Migranten. 1991 wurden bereits 500 Gewalttaten von Rechtsextremen gezählt. In Hoyerswerda, einer Stadt im Osten Sachsens, kam es im September 1991 zu rassistischen Pogromen. Die Welle der Ausschreitungen begann mit dem Überfall einer Gruppe Neonazis auf vietnamesische Strassenhändler. Die tagelangen Angriffe zwischen dem 17. und dem 22. September richteten sich auch gegen eine Vertragsarbeiterunterkunft von Moçambiquanern und ein Asylbewerberheim. Der aufgehetzte Mob auf der Strasse klatschte jubelnd Beifall. Das verbrecherische Treiben der Rechtsextremisten ermunterte wiederum viele konservative Politiker dazu, mehr oder weniger unverblümt ausländerfeindliche Thesen öffentlich zu propagieren, wodurch sich wiederum die Neonazis bestärkt fühlten. Allein zwischen 1991 und 1993 wurden über 4700 rechtsextreme Anschläge verübt, bei denen 26 Menschen starben und fast 1800 verletzt wurden.

Asyldebatte im Parlament

Zur Bundestagsdebatte am 26. Mai 1993 über die Änderung des Asylrechts hatten sich vor dem Parlament in Bonn Zehntausende von CDU/CSU-Abgeordneten als »Chaoten« diffamierte Menschen zum Protest gegen diesen tiefen Einschnitt in das

Grundgesetz versammelt und Blockaden organisiert.

Als erster Redner der CDU/CSU sprach der heutige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble von »Missbrauch«, »Schlepperbanden« und davon, dass »auch in der Asylpolitik am deutschen Wesen die Welt nicht genesen sollte«.

Die PDS/Linke Liste lehnte – ebenso wie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – die Asylrechtsänderung als populistisches Vorhaben zur »Instrumentalisierung von Vorurteilen und latentem Rassismus« ab.


Der Anschlag von Solingen

Drei Tage nach der Asyldebatte wurde in Solingen ein Brandanschlag auf ein Zweifamilienhaus, das von Menschen türkischer Abstammung bewohnt war, verübt. Dabei kamen zwei Frauen und drei Mädchen ums Leben. Vierzehn weitere Familienmitglieder erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen. Ein halbes Jahr zuvor hatte es bereits einen ähnlichen Mordanschlag von Rechtsextremen in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser gegeben, bei dem drei Menschen getötet wurden.

Neben Solingen und Mölln stehen Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) mit den Pogromen gegen vietnamesische Vertragsarbeiter noch heute als Synonyme für rassistische und fremdenfeindliche Exzesse.

Der »Asylkompromiss«

Da eine Streichung des Asylrechts wegen der Ewigkeitsgarantie der Grundrechte verfassungsrechtlich riskant war, hatten sich Regierung und SPD im »Asylkompromiss« auf die Einfügung zusätzlicher Artikel zu diesem scheinbar weiterbestehenden Asylrecht geeinigt, die das Grundrecht völlig entwerteten.

Erste Abwehrmassnahme gegen Flüchtlinge im neuen, am 30. Juni 1993 (Bundesgesetzblatt I, S.1002) in Kraft getretenen, Recht war die Regelung, Asylanträge von Bewerbern aus 

einem »sicheren« Herkunftsstaat als »offensichtlich unbegründet« zu behandeln. Bei deren Festlegung wurde in der Praxis seither zu Lasten der Asylbewerber ein »grosszügiger« Massstab angelegt. Auch offenkundige Menschenrechtsverletzungen hinderten die Behörden nicht daran, Herkunftsstaaten als »sicher« zu betrachten – damit war eine Asylerkennung ausgeschlossen.

Der zweite wesentliche Faktor des »Asylkompromisses« war der schäbige Trick, Asylanträge nach Einreise aus einem »sicheren Drittstaat« als »unbeachtlich« einzustufen. Damit wurde deren Prüfung nahezu vollständig ausgelagert.

Somit blieb zwar formal das Recht auf Asyl in Deutschland bestehen, wurde aber von vornherein all denen verweigert, die auf dem Landweg – und somit aus einem »sicheren Drittstaat« – eingereist waren. Die Asylprüfung wurde damit an Nachbarländer »delegiert«.

Flüchtlingsorganisationen und Kritiker sprachen davon, Asyl könne nur noch bekommen, wer vom Himmel gefallen sei.

Schliesslich wurde »begleitend« das Instrument der Abschiebehaft verschärft. Mit der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes verschärfte sich die für Asylbewerber bereits bestehende Benachteiligung im Bundessozialhilfegesetz von 1982 weiter. Die Unterbringung in Lagern (»Gemeinschaftsunterkünften«) und umfassende Arbeitsverbote sowie die Residenzpflicht (also das strafbewehrte Verbot, einen bestimmten Stadt- oder Landkreis zu verlassen) sollten zusätzlich der Abschreckung potentieller Asylbewerber dienen.

Fazit

Die mit dem »Asylkompromiss« deutlich gewordene, noch heute gültige Maxime der Bundesregierung und der EU lautet: Abschottung geht vor Humanität. Die Asyldebatte vor 15 Jahren war daher wahrlich ein schwarzer Tag für das Parlament, aber mehr noch für die schutzsuchenden Menschen. Die Substanz eines Grundrechts wurde am 26. Mai 1993 zerstört. Übrig blieb eine blosse Hülle wortreicher Paragraphen. Eine solche Politik

nimmt die Menschenrechte und die rechts- und sozialstaatlichen Verpflichtungen der Verfassung nur dem Schein nach ernst.

* Die Autorin ist Abgeordnete der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag. Als MdB für die PDS/Die Linke sprach sie sich in der Parlamentsdebatte vom 26.5.1993 nachdrücklich gegen die geplante Asylrechtsänderung aus. □

Neue Furcht vor Irans Atomprogramm



Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA kritisiert mangelnde Informationen des Irans über sein früheres Atomprogramm.

Teheran müsse der UN-Behörde noch einige »substanzielle Erläuterungen« zu möglichen Atomwaffenstudien geben.

So heisst es in einem Bericht, den IAEA-Chef Mohammed el Baradei dem UN-Sicherheitsrat in New York übermittelt hat. Die noch ungeklärte Umwandlung von Uran, die Tests von hochexplosivem Sprengstoff sowie Entwicklungsstudien eines besonderen Raketensprengkopfs seien Anlass für grosse Besorgnis, heisst es in dem Report. Dem Bericht zufolge besteht der Iran darauf, dass die gegen Teheran gerichteten Vorwürfe haltlos und »erfunden« sind. In dem Report stellt El Baradei fest, dass der Iran auch in den vergangenen drei Monaten die Forderungen des UN-Sicherheitsrats ignoriert hat und die umstrittene Urananreicherung fortsetzt.

Gegenwärtig hat Teheran in seiner Atomanlage bei Natans 3500 Gaszentrifugen installiert. Bis zum Ende des Sommers sollen es 6000 werden, sagten führende UN-Diplomaten in Wien.

In dem mehrseitigen Bericht heisst es: »Es sind substanzielle Erläuterungen des Irans nötig, um dessen bisherige Erklärungen im Zusammenhang mit den angeblichen Studien zu seinem Atomprogramm und anderen Entwicklungen mit militärischem Charakter zu begründen.« So müsse Teheran vor allem ein Dokument erläutern, in dem die Produktion von Uranmetall-Kugeln beschrieben wird, die ausschliesslich für den Bau von Atomwaffen verwendet werden können. ➔

Iran ist kein Rechtsstaat!

Teheran hatte in den vergangenen Jahren stets behauptet, sein Atomprogramm verfolge rein friedliche Absichten. Anfang des Jahres hatten IAEA-Experten jedoch (vor allem aus den USA) geheimes Material erhalten, das den Verdacht auf eine militärische Dimension erhärtete.

Diplomaten in Wien betonten, Teheran sei in der Lage, die fragwürdigen Teile seines Atomprogramms zu erläutern. Allerdings «haben wir noch keine substanzielle Antworten erhalten», hiess es in Wien. Es sei jetzt Aufgabe des IAEA-Gouverneursrats, der am 2. Juni in Wien tagt, die nächsten Schritte einzuleiten. Teheran hat in den vergangenen Monaten erklärt, das von der IAEA präsentierte Material entbehre jeder realen Grundlage.

Ungeachtet einer dritten Sanktionen-Resolution des UN- Sicherheitsrats und eines erneuten Angebots Deutschlands sowie der fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats für eine intensive wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit, hat es Teheran bisher abgelehnt, die Urananreicherung einzustellen, die auch zum Bau von Atomwaffen eingesetzt werden kann. □

Nach Iran-Reise: Ramsauer beklagt massive Menschenrechtsverletzungen



CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer hat massive Menschenrechtsverletzungen im Iran beklagt. In dem Land fänden nach wie vor «massenweise Hinrichtungen» statt, berichtete

Ramsauer nach seiner Rückkehr von einer dreitägigen Iran-Reise. Während seines Besuches habe er der Führung in Teheran deutlich gemacht, dass die Todesstrafe aus Sicht von Deutschland und der EU absolut unannehmbar sei.

Aber auch im Ringen um Rechtsstaatlichkeit gebe es Rückschläge. «So läuft im iranischen Parlament zur Zeit eine Gesetzesinitiative, um Teile der Scharia in staatliches Recht zu übernehmen», sagte Ramsauer. «Danach soll zum Beispiel weltweit jeder hingerichtet werden können, der vom Islam zu einem anderen Glauben übertritt.»

Scharfe Kritik übte Ramsauer an den jüngsten Attacken von Präsident Mahmud Ahmadinejad gegen Israel. Bei seinem Treffen mit Mullahs-

Aussenminister Manutschehr Mottaki habe er klar gesagt, dass diese aggressive Rhetorik weltweit ein verheerendes Echo habe, betonte der CSU-Politiker. □

Der Verfassungsbericht 2008 über die Aktivitäten des iranischen Nachrichtendienstes in Deutschland

Vor dem Hintergrund der anhaltenden wirtschaftlichen, sozialen und ethnischen Probleme in seinem Land verfolgt der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad eine Politik der Betonung äusserer und innerer Gefahren. Externer Druck soll helfen, die iranische Bevölkerung zu einen und von inneren Konflikten abzulenken. Interne politische Widersacher werden als Agenten der USA diffamiert.

Der Atomkonflikt beeinflusst nachhaltig die innenpolitische Situation. Die iranische Regierung besteht nach wie vor auf ihrem Recht, Atomenergie im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages friedlich nutzen und den Brennstoffzyklus schliessen zu dürfen. Die anhaltenden Auseinandersetzungen mit der internationalen Staatengemeinschaft um das Atomprogramm führten zu Sanktionen des UN-Sicherheitsrates und einer sich steigernden Diskussion um mögliche Militäraktionen der USA und/oder anderer Staaten. Die Sanktionen sowie die damit einhergehende politische und wirtschaftliche Isolation wirken sich zunehmend negativ auf die Lebensverhältnisse grosser Teile der Bevölkerung aus.

Das Ministerium für Nachrichten und Sicherheit (Ministry of Information and Security - MOIS, in Farsi: Vezerat e Ettela'at Va Amniat e Keshvar VEVAK) als ziviler Nachrichten- und Sicherheitsdienst nimmt unter den iranischen Sicherheitsorganen eine zentrale Rolle ein. Neben der Sammlung politischer, militärischer und wissenschaftlich-technischer Informationen im Ausland gehört die Überwachung der iranischen Oppositionellen im Exil zu seinen Aufgabenschwerpunkten. Der iranische Nachrichtendienst unterhält unverändert an der Iranischen Botschaft in Berlin einen abgetarnten Stützpunkt zur Erledigung von Sicherheitsaufgaben, insbesondere zur Ausspähung von Dissidenten. □

Iran ist kein Rechtsstaat!



Streik bei iranischen Zuckerarbeitern

Der zuständige Gouverneur antwortet mit staatlichen Repressionen

Von Nick Brauns

Wir sind Zuckerarbeiter! Wir haben Hunger!« Seit drei Wochen streiken 4000 Arbeiter von Irans staatlicher Rohrzuckerfabrik Haft Tappeh in der südiranischen Provinz Khuzistan für die Zahlung von drei ausstehenden Monatslöhnen.

Seit dem 20. Mai herrscht in der Stadt Schusch, in deren Nähe sich die Fabrik befindet, militärischer Ausnahmezustand, nachdem Gouverneur Faraward den Befehl zur Niederschlagung der von der Bevölkerung unterstützten Arbeiterdemonstrationen gab.

Bewaffnete Polizisten und Revolutionsgardisten patrouillieren seitdem im Stadtzentrum und den Zufahrtsstrassen. In der ganzen Stadt kam es zu Verhaftungen von Streikenden. Mehrere Arbeiter wurden verletzt, als die Polizei mit Fahrzeugen in eine Protestkundgebung fuhr. »Augenblicklich herrscht in der Stadt eine chaotische Situation«, berichtet das in London ansässige »Iranische Arbeitersolidaritätsnetzwerk«, das Kontakt zu den Streikenden unterhält. »Trotz dieser Atmosphäre von Einschüchterung und Furcht sind die Arbeiter immer noch in der Stadt und wollen ihre Demonstrationen fortsetzen, bis ihre Forderungen erfüllt werden.«

Während sich bereits fünf Streikführer vor Gericht verantworten müssen, haben die Arbeiter bislang keine Antwort vom Management oder der Regierung auf ihre Forderungen bekommen. Die Streikenden fordern den Rücktritt des Firmenchefs Yaghoob Shafiee, die Einstellung aller Verfahren gegen streikende Arbeiter und die Ablösung des Sicherheitsleiters der Firma, der für die Observation und Verhaftung mehrerer Arbeiter verantwortlich ist. Die Arbeiter treten auch für das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung statt der

zwangsweisen Vertretung in staatlichen »Islamischen Arbeiterräten« ein. »Es ist unser Recht, unsere Klasseninteressen auf jede Art und Weise zu verteidigen. Es ist unser Recht, eine unabhängige Arbeiterorganisation zu gründen«. In den letzten drei Jahren streikten die Haft-Tappeh-Arbeiter bereits 16mal, um die Auszahlung ausstehender Löhne zu erzwingen.

Die seit 1959 bestehende staatliche Rohrzuckerfabrik Haft Tappeh Cane Sugar Agro-Industrial Company produzierte mit über 10000 Tonnen Zucker jährlich fast zehn Prozent des iranischen Zuckerverbrauchs. In die Krise wurde die Fabrik durch die Wirtschaftspolitik der Regierung von Präsident Mahmud Ahmadinejad geführt, die 80 Prozent der staatlichen Betriebe mit Ausnahme der Ölindustrie privatisieren will. Um die Schulden der Zuckerfabrik zurückzuzahlen, wurden bereits grosse Teile des Agrarlandes von Haft Tappeh verkauft. So konnte in diesem Jahr im Vergleich zu 2007 nur ein Zehntel der Zuckerpflanzen angebaut werden und die Umsätze sanken entsprechend.

Zudem existiert im Iran eine Zuckermafia, die nach einer von der Regierung angeordneten massiven Senkung der Einfuhrzölle mit Billigimporten die heimische Zuckerindustrie in den Ruin treibt. Nachdem in den letzten Jahren bereits 3000 Arbeiter entlassen worden sind, befürchten die Haft-Tappeh-Arbeiter den völligen Ausverkauf und die Schliessung ihrer Fabrik, von der Zehntausende Menschen der ganzen Region wirtschaftlich abhängen. □

Iran: Verhaftungswelle gegen Christen

Im Iran hat die Polizei mehrere Personen, die vom Islam zum Christentum konvertiert sind, festgenommen. Von den neun Inhaftierten befinden sich nach Angaben des Informationsdienstes Compass Direct noch vier im Gefängnis.

Am 11. Mai verhafteten Beamte zwei Ehepaare am Flughafen der rund 700 Kilometer südlich von Teheran gelegenen Stadt Schiraz: Homayon Shokohie Gholamzadeh (48) und seine Frau Fariba Nazemiyani Pur (40) sowie Amir Hussein Bab Anari (25) und seine Frau Fatemeh Shenasa (25). ➔

Die vier Christen wurden stundenlang über ihren Glauben und die Aktivitäten ihrer Hausgemeinde verhört. Drei von ihnen wurden später freigelassen. Am selben Tag drangen Polizeibeamte in die Wohnung eines anderen Christen, Hamid Allaedin Hussein (58), ein und nahmen ihn und seine drei erwachsenen Kinder Fatemah (28), Muhammed Ali (27) und Mojtaba (21) mit. Zwei weitere ehemalige Muslime, Mahmood Matin und ein unter dem Namen Arash bekannter Mann, wurden in einem Park in Schiraz festgenommen. Laut Compass Direct hatten Sicherheitskräfte bereits im April in der nordiranischen Stadt Amol muslimische Konvertiten festgenommen. Zwei von ihnen, darunter eine Schwangere, seien an einem unbekanntem Ort eingesperrt.



Nach Angaben des Hilfswerks Open Doors wächst die iranische Hauskirchenbewegung trotz massiver Schikanen. Einen wesentlichen Anteil

daran hätten christliche Radio- und Fernsehprogramme in der Landessprache Farsi. Dabei tue das schiitisch-muslimische Regime alles, um Muslime vom Religionswechsel abzuhalten. Mit einer Änderung des Strafrechts will es die Todesstrafe für Apostasie (Abfall vom Islam) und die Hinwendung zu einer anderen Religion einführen. Bereits jetzt würden Konvertiten routinemässig körperlichen und psychischen Misshandlungen durch Beamte ausgesetzt, berichtet Open Doors unter Berufung auf Mitglieder von Hauskirchen. Sie würden gewöhnlich tage- bzw. wochenlang in Einzelhaft festgehalten. Für ihre Freigabe sollen hohe Kauttionen verlangt werden. Ihnen werde auch mit weiteren Gefängnisstrafen oder offizieller strafrechtlicher Verfolgung gedroht, wenn sie während eines Gottesdienstes oder bei der Verkündigung des Evangeliums gefasst würden. Von den 65 Millionen Einwohnern des Iran sind 99 Prozent Muslime. Nach Schätzungen gibt es 125.000 bis 150.000 meist armenische und assyrische Christen. Die Zahl der Muslime, die zum Christentum konvertierten, wird auf 250.000 geschätzt.




Protest von OMV-Aktionären gegen Iran-Geschäfte

Die OMV steht im Kreuzfeuer der Kritik: Im April 2007 unterzeichnete die OMV (31,5 Prozent der Aktien befinden sich im Staats-Eigentum) einen Vertrag mit dem Iran. 22 Mrd. Euro sollten über den Zeitraum von 25 Jahren in der islamischen Republik investiert werden, konkret geht es um die Entwicklung von Erdgasfeldern am persischen Golf.

Für die Mittwoch, den 14. Mai im Austria Center Vienna stattfindende Hauptversammlung haben eine Reihe von Organisationen Proteste angekündigt: Die Protest-Phalanx reicht von der linken, antideutschen Gruppierung „Cafe Critique“ über die jüdische Loge B'nai B'rith bis hin zur israelnahen Organisation „Réalité EU“ und zur Lobby-Gruppe „Stop the Bomb“. Ihr Slogan: „Keine Geschäfte mit den Mullahs“, gerade Österreich dürfte dem Iran – dessen Präsident Israel mit der Auslöschung droht – bei der Finanzierung seines Nuklearwaffenprogramms nicht zu Diensten sein.

Simone Dinah Hartmann, Sprecherin von „Stop the Bomb“ kündigt an, dass „Aktivisten-Aktionäre bei der Hauptversammlung Fragen in Richtung des Iran-Geschäfts stellen werden“.


Die Protest-Kampagne gegen die OMV läuft schon seit einigen Monaten, zuletzt veranstaltete „Stop the Bomb“ am 3. und 4. Mai eine Konferenz über die „iranische Bedrohung“ an der Universität Wien.

Die Organisation, die sich nach Angaben von Sprecherin Simone Dinah Hartmann, „ausschliesslich aus Spendengeldern finanziert“, will die Aktivitäten in Zukunft noch verstärken: „Stop the Bomb“ will Investoren dazu gewinnen, OMV-Aktien „aus Protest“ abzustossen. 



Shell steigt aus iranischem Erdgas-Projekt aus

Offenbar auf Druck der USA hin ist der britisch-niederländische Ölkonzern Royal Dutch Shell aus einem Erdgas-Projekt im Iran ausgestiegen.

Eine Sprecherin des weltweit zweitgrössten Ölkonzerns sagte, Shell werde sich aus der Erschliessung des South-Pars-Gasfeldes zurückziehen. 

Einen Grund nannte sie nicht. Sie schloss aber nicht aus, dass Shell zu einem späteren Zeitpunkt wieder in das Projekt einsteigen werde.

US-Kongressabgeordnete haben Shell wiederholt aufgefordert, dem Projekt den Rücken zu kehren. Shell und die spanische Repsol hatten 2002 mit dem staatlichen iranischen Ölförderer NIOC eine Absichtserklärung unterzeichnet, das Projekt weiter voranzutreiben. Damaligen Planungen zufolge sollte von 2007 an Gas gefördert werden. Die wegen des iranischen Atomprogramms verhängten Sanktionen der Vereinten Nationen liessen das Projekt aber ins Stocken geraten. □



Illegale Software für den Iran - bekommt deutsche Firma Ärger mit den US-Behörden?

Der Atom-Streit macht den Handel mit dem Iran zu einer heiklen Angelegenheit: US-Firmen etwa dürfen gar keine Geschäfte mit dem Land machen. Nun hat offenbar eine deutsche Firma gegen die US-Auflagen verstossen.

Die Firma Dräger mit Sitz in Lübeck ist spezialisiert auf Medizin- und Sicherheitstechnik. Im Jahr 2003 erhielt sie einen Auftrag aus dem Iran. Für eine Gas-Pipeline sollte das Unternehmen eine Überwachungsanlage für brennbare Gase und Feuer bauen. Zum Betrieb der Anlage ist spezielle Software nötig, darunter ein Programm zur Darstellung von Messwerten. Diese Software wird von einem Tochterunternehmen der US-Firma General Electric hergestellt und kostet fast 80.000 Euro. Weil sie als "dual-use software" gilt, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke eingesetzt werden kann, unterliegt sie besonderen Exportbestimmungen.

Das Problem: Diese Software wurde ohne die nötige Genehmigung in den Iran geliefert. Im September 2005 informierte Dräger die zuständigen US-Behörden. "Uns ist klar geworden, dass die beiden Softwares ausfuhrpflichtig und genehmigungspflichtig gewesen sind", sagt Firmensprecher Burkard Dillig. "Das haben wir als Verstoss gesehen und deswegen auch in den USA gemeldet." □



Irak wirft Iran Waffenschmuggel vor

Schwere Vorwürfe an den Iran aus Bagdad: Einem Regierungssprecher zufolge gibt es konkrete Beweise dafür, dass der Iran in grossem Stil Waffen in den Irak schmuggelt. Konkret seien während der Offensive in der irakischen Stadt Basra, die am 25. März begann, Waffen aus iranischer Produktion gefunden worden, so Regierungssprecher Ali al-Dabbagh nach einem Bericht der US-Zeitung "Washington Post". Es müsse nun geklärt werden, von wem die Waffen geschickt worden sind, hiess es weiter.

Auch die irakische Zeitung, die sich auf Verteidigungsminister Abd al-Kader al-Obaidi beruft, berichtete über eine Boden-Boden-Rakete grösseren Kalibers, die in Basra gefunden worden sei. Die im Jahr 2007 hergestellte Rakete dient dem Beschuss von Bodenzielen vom Boden aus, sie kann aufgrund ihres Herstellungsdatums nicht aus den Restbeständen der alten irakischen Armee stammen.



Darüber hinaus wirft die irakische Regierung dem Iran auch eine Einmischung in irakische Angelegenheiten vor.

Diese Vorwürfe, die bislang nur von der US-Regierung erhoben wurden, sind nun zum ersten Mal von der von Schiiten dominierten irakischen Regierung erhoben worden, die eigentlich gute Beziehung zu Teheran pflegt. Unter Berufung auf US-Vertreter berichtete die "New York Times", dass der Iran kleine Gruppen schiitischer Extremisten in den Irak bringen würde, die in Lagern bei Teheran von Hisbollah-Kämpfern ausgebildet worden seien und dann die dort erworbenen Kenntnisse an irakische Rebellen weitergeben würden. Im Rahmen dieser Ausbildung würden sie im Bau und Umgang mit Bomben, im Raketenabschuss und der Handhabung von Feuerwaffen trainiert werden. □

Iran ist kein Rechtsstaat!